

# Bundeswehr, Bündnispolitik und Auslandseinsätze

*Die Berichterstattung deutscher Qualitätszeitungen zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik 1989 bis 2000*

Helmut Scherer / Romy Fröhlich / Bertram Scheufele / Simone Dammert / Natascha Thomas

*Nach dem Ende des kalten Krieges musste das wiedervereinigte Deutschland in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts seine verteidigungspolitischen Optionen und Zielsetzungen neu definieren. Der vorliegende Beitrag verfolgt das Ziel, die mediale Berichterstattung zu diesem Themengebiet von 1989 bis 2000 am Beispiel von FAZ und Süddeutscher Zeitung inhaltsanalytisch zu untersuchen. Dabei werden Berichterstattungsmuster (Frames) identifiziert und deren zeitlich sich wechselseitig bedingende Abfolge analysiert und interpretiert. Es lassen sich vier Frames identifizieren, die in interessanten zeitlichen Zusammenhängen stehen. „Deutsches verteidigungspolitisches Handeln“ folgt kurzfristig auf „Deutsche verteidigungspolitische Debatten“. Diese werden wiederum – allerdings mit einer erheblichen zeitlichen Verzögerung – von „Bundeswehreinsätzen“ ausgelöst. Die „Bündnispolitik“ erscheint als dauerhafte Grundierung der Berichterstattung, die zeitlich parallel zu jedem anderen Frame akzentuiert wird.*

**Keywords:** Bundeswehr, Berichterstattung, Qualitätszeitungen, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Frames, Berichterstattungszyklen

## 1. Einleitung

Das wiedervereinigte Deutschland musste nach dem Ende des Kalten Krieges seinen Platz in den Systemen internationaler Sicherheit neu bestimmen. In den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts mussten die verteidigungspolitischen Optionen und Zielsetzungen neu definiert werden. Dies führte zu einem fundamentalen Wandel in der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. „Bis zur weltpolitischen Wende von 1989/90 hatte es über Auslandseinsätze der Bundeswehr kaum Diskussionen gegeben. (...) Hauptaufgaben der Bundeswehr [waren] die Landesverteidigung und die Beistandsleistung im Rahmen der NATO. Andere Einsatzszenarios wurden (...) kaum in Erwägung gezogen.“ (Bundesministerium der Verteidigung, 2000, S. 5). Im Jahr 2002 dagegen sagte Verteidigungsminister Peter Struck: „Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt.“

Es ist davon auszugehen, dass die Medienberichterstattung zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik diesen Prozess der Neuorientierung im sicherheitspolitischen Verständnis aufgreift und in gewisser Weise reflektiert. Wir vermuten, dass sich diese Veränderungen nicht nur in der Auswahl der sicherheitspolitischen Themenstellungen zeigen, sondern auch in der Art und Weise, wie diese von den Medien aufbereitet und interpretiert werden. Die Medien legen in ihrer Berichterstattung eine bestimmte Lesart für die Rezipienten nahe. Ein solches Berichterstattungsmuster setzt sich nach unserem Verständnis aus dem Zusammenspiel verschiedener Elemente zusammen. Lässt es sich über mehrere Medienbeiträge hinweg verfolgen, sprechen wir von einem Medien-Frame.

Wir wissen, dass das mediale Framing keineswegs stabil ist (Scheufele, 2003: 103ff.). Im Zeitverlauf können bestimmte Frames an Bedeutung gewinnen oder an Bedeutung

verlieren, neue Frames können auftauchen, alte gänzlich aus der Berichterstattung verschwinden. Es kann langfristige Veränderungen geben, die wie im Fall der Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf einem gesellschaftlichen Wertewandel beruhen oder auf einer Veränderung von Umweltbedingungen, aber auch kurzfristig können durch besonders dramatische Schlüsselereignisse mediale Frames verändert werden (Scheufele & Brosius, 1999; vgl. auch Brosius & Eps, 1993). Framing ist damit als dynamischer Prozess aufzufassen und unter einer Längsschnittperspektive zu analysieren. Bislang gibt es nur wenige Arbeiten, die dies leisten. Beispielahaft sind hier etwa die Arbeiten von Gerhards, Neidhardt & Rucht (1998) zur Abtreibungsdebatte, von Weßler (1999, 2000) zur Drogenpolitik oder von Scheufele (2003) zu Fremdenfeindlichkeit zu nennen.

Die Antwort auf die Frage nach der Dynamik in der verteidigungspolitischen Berichterstattung setzt die Beantwortung mehrerer Teilfragen voraus:

- Über welche verteidigungspolitischen Fragestellungen wird in den Medien berichtet?
- Wie hat sich die Berichterstattung im Lauf der Zeit verändert?
- Welche Berichterstattungsmuster (Medien-Frames) lassen sich zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik identifizieren?
- Ergibt sich zu unterschiedlichen Zeitpunkten eine unterschiedliche quantitative Bedeutung der Frames?
- In welchem Zusammenhang steht die Dynamik unterschiedlicher Medien-Frames?

Um die dazu notwendigen inhaltlichen und theoretischen Voraussetzungen zu schaffen, werden wir zunächst den Begriff Sicherheits- und Verteidigungspolitik definieren sowie die Entwicklung der Sicherheitspolitik in der BRD für den Untersuchungszeitraum kurz nachzeichnen. Zur Vorbereitung und Einordnung unserer empirischen Studie werden wir einen knappen Überblick zur Forschungsliteratur über verteidigungspolitische Themen in den Medien geben. Anschließend werden wir unser theoretisches und methodisches Verständnis von Frames und Framing erläutern. Den Kern der Darstellung des Forschungsberichts bilden die Ergebnisse einer von uns durchgeführten empirischen Studie.

## 2. Sicherheits- und Verteidigungspolitik

### 2.1 *Die Entwicklung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Bundesrepublik Deutschland*

Nach unserem Verständnis umfasst deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik folgende Maßnahmen der Bundesrepublik Deutschland zum Schutz ihrer Staatsbürger [1]: Alle auf das Militär bezogene Maßnahmen [2] im nationalen Bereich [3], im Rahmen von Bündnissen, internationalen Organisationen und Systemen gegenseitiger kollektiver Sicherheit [4]. Sicherheits- und Verteidigungspolitik schließt alle Aktivitäten zur Friedenserhaltung, Krisenbewältigung und Konfliktverhütung [5] sowie zur Gesamtverteidigung [6] mit ein, die in Zusammenhang mit den deutschen Streitkräften [7] stehen.

Im Zuge der Auflösung und Entmachtung der ehemaligen Großmacht Sowjetunion hat sich die Konfliktlinie, die im Kalten Krieg das militärische und politische Handeln maßgeblich bestimmte, weitgehend verschoben. Für den Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sind die 90er Jahre des 20. Jahrhunderts von besonderer Relevanz. Durch die Wiedervereinigung bzw. das Ende des Kalten Krieges musste Deutschland seine Sicherheits- und Verteidigungspolitik aus einem vollkommen anderen Blickwinkel deuten (Calließ, 1999, S. 30). Damit wurde die bisherige Orientierung am Ost-West-

Verhältnis in der Sicherheitspolitik obsolet (Hoyer, 1999, S. 20). Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik Deutschlands musste sich seit Ende der 80er Jahre entscheidend verändern.

Seit 1988 ist die Bundeswehr in nennenswertem Umfang in Auslandseinsätzen aktiv. Hier soll nur kurz auf einige wenige, besonders wichtige Missionen eingegangen werden.<sup>1</sup>

- Vom 22. Mai 1992 bis zum 12. November 1993 nahmen deutsche Soldaten an der UNTAC-Mission (United Nations Transitional Authority in Cambodia) in Kambodscha teil. Ihre Aufgabe war die medizinische Versorgung der UNTAC-Soldaten, der Helfer und der Zivilbevölkerung. Im Oktober 1993 gab es hier bei einem Angriff den ersten toten deutschen Soldaten bei einem Auslandseinsatz.
- Die Bundeswehr unterstützte logistisch die UN-Operation in Somalia vom 25. August 1993 bis zum 23. März 1994. Während des Einsatzes erschossen deutsche Soldaten aus Gründen der Selbstverteidigung mehrere Somalis.
- Vom 24. März bis zum 9. Juni 1999 beteiligte sich die deutsche Armee an den NATO-Luftangriffen auf Jugoslawien. Der Jugoslawien- bzw. Kosovo-Krieg stellt eine Zäsur in der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik dar: „Es war der erste offizielle Kampfeinsatz der Bundeswehr seit dem Zweiten Weltkrieg.“ (Wirner, 2001, S. 17)

Das vom Bundesministerium der Verteidigung 1994 veröffentlichte Weißbuch definierte explizit eine neue, erweiterte Rolle der deutschen Bundeswehr und gilt als ein entscheidender Wendepunkt der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (vgl. Giessmann, 1999, S. 28). Das Weißbuch sieht die Hauptaufgabe der Bundeswehr zwar weiterhin in der kollektiven Verteidigung (Landesverteidigung), es erwähnt aber – zum ersten Mal – die Möglichkeit der Unterstützung multinationaler Kriseneinsätze unter Führung der NATO, WEU bzw. der UN oder der OSZE. Dies war nicht das Ergebnis einer strategischen Debatte, sondern eher das Nachgeben der damaligen deutschen Regierung auf den Druck der NATO-Partner, die von Deutschland eine Teilnahme bei internationalen Kriseneinsätzen forderten (vgl. Hanrieder, 1995, S. 245). Dennoch hält das Weißbuch die restriktiven Prinzipien grundsätzlich ein: Die Bundeswehreinsätze sind weiterhin auf Europa und seine Peripherie beschränkt. Alle darüber hinausgehenden Einsätze sind nur unter Berücksichtigung des Artikels 24 GG (kollektive Verteidigung) möglich. Jede militärische Aktivität, Beteiligung an NATO- und WEU-Einsätzen, ist an ein striktes Mandat der UN oder der OSZE gebunden.

Am 12. Juli 1994 entschied das Bundesverfassungsgericht (BVerfG), dass militärische Einsätze, die über die Selbstverteidigung hinausgehen, verfassungsgemäß sind, solange Artikel 24 des Grundgesetzes („im Rahmen von Systemen gegenseitiger kollektiver Sicherheit“) eingehalten wird und wenn in jedem Einzelfall eine konstitutive Mehrheit im Bundestag den Einsatz befürwortet.<sup>2</sup> Entscheidend ist hierbei die Definition der „Systeme gegenseitiger kollektiver Sicherheit“. Das BVerfG zählt nun neben den Vereinten Nationen (UN) auch die NATO dazu. Dieses Urteil muss als historischer Wendepunkt in der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik gelten.

Zusammenfassend kann man sagen, dass sich die politische Debatte über die Sicher-

1 Für weitere Informationen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr vgl. Bundesministerium der Verteidigung, 2000.

2 „... Kampfeinsätze deutscher Verbände sind mit dem GG vereinbar, wenn sie im Rahmen der UN oder anderer internationaler Organisationen eingesetzt und zuvor vom Bundestag genehmigt werden.“ (BVerfG Out-of-Area-Urteil, 1994, S. 28)

heits- und Verteidigungspolitik in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts sehr stark verändert und eine andere Qualität angenommen hat. Es geht zunehmend weniger um das Ob und das Warum, sondern verstärkt um das Wie und Wann von Auslandseinsätzen (Giessmann, 1999, S. 22). Deutlich wird auch, dass es hier keine klare Abfolge von Problemidentifikation, politischem Entscheidungsprozess und politischem Handeln gibt. Vielmehr sind die Ebenen der Legitimation, der Debatte und des Handelns zeitlich ineinander verschränkt. Häufig scheint die deutsche Politik unter dem Drang bestehender oder wahrgenommener Handlungsnotwendigkeiten zu agieren. Entscheidungen werden getroffen, die erst ex post wirklich fundiert diskutiert und rechtlich legitimiert werden.

## *2.2 Forschungsstand zur Berichterstattung über Sicherheits- und Verteidigungspolitik*

Die Berichterstattung über Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist eher selten zu einem Gegenstand der kommunikationswissenschaftlichen Forschung geworden. Prayon (1998, S. 525) stellt fest, dass sicherheitspolitische Kommunikation vor allem Expertenkommunikation sei, die nur dann das Interesse der breiteren Öffentlichkeit erreiche, wenn sicherheitspolitische Themen „unmittelbare Sorgen und Ängste auslösen“. An empirischen Analysen fehlt es weitgehend. Einige wenige Studien beschäftigen sich in einem allgemeinen Sinn mit der medialen Darstellung von Sicherheitspolitik. So analysiert etwa Karl (1989) die sicherheitspolitische Berichterstattung von dpa. Brodersen (1996) analysiert in einer vergleichenden Studie russischer und US-amerikanischer Zeitungen für die Jahre 1985 bis 1989, wie die Außen- und Sicherheitspolitik der Supermächte USA und UdSSR jeweils in den Medien des weltpolitischen Antagonisten bewertet wird.

Zu einzelnen Fragen, die im weitesten Sinne der Verteidigungspolitik zugerechnet werden können, existieren aber durchaus Untersuchungen, so etwa eine frame-analytische Untersuchung zur amerikanischen Anti-Atomwaffen-Bewegung (Entman & Rojecki, 1993) und einige Beiträge zur Friedensbewegung (Dowing, 1988; Horster, 1981; Michel, 1987; Rager & Janowski, 1982). Kolmar (1983) analysiert die Berichterstattung über die Einführung von Mittelstreckenraketen in Europa. Die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung in Zusammenhang mit dem Doppelbeschluss wird von Arndt (1988) untersucht. Linn (1983) analysiert die Berichterstattung in konservativen deutschen Tageszeitungen zur sowjetischen Bedrohung für die Jahre 1975 bis 1981, Lapins (1983) tut das Gleiche für die liberalen oder linksorientierten deutschen Tages- und Wochenzeitungen. Dirks (1991) führt eine sprachwissenschaftliche Untersuchung westdeutscher Presseorgane in Zusammenhang mit der so genannten Star-Wars-Debatte durch. In der Zeitschrift „Theorie und Praxis des sozialistischen Journalismus“ gibt es aus Sicht der DDR einige Analysen zur Darstellung sicherheitspolitischer Themen in den Medien der BRD (Herold, 1982; Kubach, 1983; Nefedov, 1983; Wagner, 1984; Winter, 1988). Aufällig ist bei diesen Arbeiten, dass sie im Wesentlichen geprägt sind durch ein einheitliches Interpretationsraster – also einen Frame –, bei dem sicherheitspolitische Fragestellungen vor allem vor dem Hintergrund des Ost-West-Konfliktes und der damit verbundenen innenpolitischen Auseinandersetzungen in der BRD oder den USA analysiert werden. Die Arbeit von Teichmann-Nadirschwili (1992) befasst sich mit dem historischen Ende dieses Deutungsmusters. Sie untersucht, wie die Parteipresse in der Sowjetunion den Prozess der deutschen Wiedervereinigung unter sicherheitspolitischen Gesichtspunkten diskutiert.

Die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an militärischen Einsätzen im Rah-

men von UNO-Mandaten oder NATO-Einsätzen hat dazu beigetragen, dass die Berichterstattung zu Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein etwas größeres kommunikationswissenschaftliches Interesse gefunden hat. Die Neuorientierung der Rolle der Bundeswehr in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts belegt Meder (1998) in seiner Inhaltsanalyse von Spiegel, Focus und Zeit. Seine Ergebnisse zeigen, dass die Rolle der Bundeswehr in diesem Zeitraum in den Medien weiter gesteckt wird. Sie bleibt nicht auf die Beteiligung an so genannten friedenserhaltenden Maßnahmen beschränkt, sondern die Beteiligung an friedensschaffenden Maßnahmen wird thematisiert. Die machtpolitische Rolle der Bundeswehr und die Durchsetzung und Sicherung vitaler deutscher Interessen wird diskutiert. Die militärischen Optionen Deutschlands werden also vielfältiger behandelt. Klaus, Goldbeck & Kassel (2002, S. 302) untersuchen in ihrer Analyse der Berichterstattung zum Kosovo-Krieg in gewisser Weise auch das mediale Framing deutscher Sicherheitspolitik. Sie stellen fest, dass die Westbindung Deutschlands und dessen hervorgehobene Rolle in der NATO betont wird sowie seine „vorbildliche“ und „konstruktive Rolle“. Explizit frame-analytisch orientiert ist die Arbeit von Eilders & Lüter (2000). Sie untersuchen die Art und Weise, in der deutsche Medien den Kosovo-Einsatz der Bundeswehr argumentativ legitimieren. Sie unterscheiden dabei im Anschluss an Snow & Benford (1988)<sup>3</sup> zwischen „Identity Framing“, bei dem Deutschland vor allem in einem moralischen Dilemma gesehen wird, „Diagnostic Framing“, bei dem der Krieg als Reaktion auf Menschenrechtsverletzungen gesehen wird, und „Prognostic Framing“, bei dem sich kein eindeutig dominanter Frame ergab. Sie stellen fest, dass in allen untersuchten Medien das prognostische Framing dominierte. Mit dem gleichen Konflikt beschäftigt sich auch die Untersuchung von Grundmann, Smith & Wright (2000). Dabei geht es zwar im Wesentlichen um die Berichterstattung zum Kriegsgeschehen im Kosovo, es gibt aber auch Hinweise auf den sicherheitspolitischen Diskurs in Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Dabei wurde deutlich, dass für Deutschland die Frage der Loyalität zum NATO-Bündnis eine ganz entscheidende Rolle spielte.

### 3. Die Darstellung des Politikprozesses in den Medien

Politik und Medien sind wechselseitig aufeinander angewiesen, sie stehen in einem symbiotischen (Sarcinelli, 1987) Verhältnis zueinander. Aufgrund der engen Verbindung von politischem System und Mediensystem ist davon auszugehen, dass die Berichterstattung in den Medien den politischen Entscheidungsprozess in gewisser Weise reflektiert. Üblicherweise geht man dabei von folgender Abfolge aus: Problemartikulation, Problemdefinition, Politikdefinition, Programmentwicklung, Implementation und Evaluation (vgl. Jarren, Donges & Weßler, 1996, S. 38). Es erscheint nahe liegend, dass die Berichterstattungsverläufe in den Medien diese Abfolge reflektieren. Das bedeutet, dass etwa in der Phase der Problemartikulation und Problemdefinition die Berichterstattung eher daran orientiert ist, die Dringlichkeit des Problems darzustellen, während sie in den Phasen der Politikdefinition und der Programmentwicklung eines Themas eher durch Lösungsvorschläge dominiert wird. Es ist überdies davon auszugehen, dass die Medien in den unterschiedlichen Phasen des Politikprozesses unterschiedlich aktiv und bedeutsam sind. So ist es plausibel, dass sie sich eher auf die Phasen der Problemartikulation,

<sup>3</sup> Snow & Benford (1988, S. 198) unterscheiden zwischen motivationalen, diagnostischen und prognostischen Elementen des Framing.

Problemdefinition und Politikdefinition konzentrieren, also vor allem auf Prozesse im Vor- und Umfeld politischer Entscheidungen. Die eher mühsamen zeitlich nachgelagerten Prozesse der Programmierung und Implementation werden dagegen weniger Beachtung finden (vgl. Jarren & Donges, 2002, S. 41ff.). Die Evaluation wird von den Medien wohl vor allem dann beachtet, wenn sie zu negativen Ergebnissen führt. Medien konzentrieren sich insbesondere auf Entscheidungsphasen (Fishman, 1982, S. 228ff.) und dort vor allem auf die Entscheidungsrituale (Pawlowsky-Flodell, 1989). Die Phasen der Vor- und Nachbereitung von Entscheidungen finden dagegen weniger Interesse. Auch die Nachrichtenwerttheorie betont die Bedeutung klar strukturierter, klar abgrenzbarer und kurzfristiger Ereignisse für die Medienberichterstattung (vgl. Galtung & Ruge 1965; Schulz 1976). Dies macht deutlich, dass die Medien politische Prozesse nicht einfach spiegeln, vielmehr verarbeiten sie diese nach ihren eigenen Regeln. Dies bedeutet, dass man aus der Berichterstattung über Politik nur eingeschränkt auf politische Prozesse zurücksließen kann.

Auch so genannte Schlüsselereignisse können die Dynamik der Medienberichterstattung beeinflussen. Hinter dem Begriff Schlüsselereignis verbirgt sich die Vorstellung, dass es Ereignisse gibt, durch die einerseits das Mediensystem in besonderer Weise für eine bestimmte Thematik sensibilisiert wird und die es andererseits ermöglichen, bereits eingeführten Themen neue inhaltliche Dimensionen hinzuzufügen (Brosius & Eps, 1993, S. 514). Schlüsselereignisse verändern also Nachrichtenwerte. Im Anschluss an solche Schlüsselereignisse finden ähnliche Ereignisse eine größere Medienbeachtung (Berens, 2001, S. 171). Dadurch strukturieren Schlüsselereignisse die Berichterstattung, weil eben Ereignisse eines bestimmten Typs eine größere Berichterstattungschance haben (Brosius & Eps, 1993, S. 514–515). Kepplinger (1998, S. 30) weist allerdings darauf hin, dass die Wirkung von Schlüsselereignissen zeitlich begrenzt sei.

#### 4. Methode

Zur Analyse der Berichterstattung orientieren wir uns methodisch an den Ideen des Frame-Ansatzes. Allerdings kann nach wie vor die Einschätzung von Entman (1993) gelten, dass wir in der Kommunikationswissenschaft noch nicht von einer vereinheitlichten und konsistenten Framing-Theorie sprechen können (vgl. D. Scheufele, 1999; Scheufele, 2003, 2004). Wir wollen deshalb den Frame-Ansatz als Forschungsstrategie verstehen, bei der komplexe Sinnzusammenhänge (Frames) identifiziert und für weitere empirische Analysen fruchtbar gemacht werden.

Da Frames größere und komplexere Sinnstrukturen darstellen, ist ihre empirische Erfassung nicht unproblematisch. Matthes & Kohring (2004, S. 62) stellen fest, dass die meisten Untersuchungen von Medien-Frames von einem ganzheitlichen Frame-Begriff ausgehen und so die Definition des Frame-Begriffs von wenigen Ausnahmen abgesehen (u. a. Harden, 2002; Scheufele, 2003) für eine valide empirische Umsetzung zu abstrakt bleibt. Die Erhebung bleibt hier in hohem Maße an das Vorverständnis des Forschers gebunden. Mit anderen Worten: Er kann nur die Frames finden, die er explizit sucht. Um Medien-Frames sowohl objektiv als auch inhaltlich valide erfassen zu können, schlagen mehrere Autoren (u. a. Scheufele, 2003; Matthes & Kohring, 2004, S. 61) vor, Frames nicht als Ganzes, sondern jeweils deren einzelne Elemente zu codieren. Zur Identifikation der Frames kann ein Clusterverfahren verwendet werden (vgl. Matthes & Kohring, 2004).

Der Framing-Ansatz erlaubt es in besonderer Weise, Veränderungen in der Medienberichterstattung zu identifizieren und zu analysieren. Die Analyse von Frames beruht

auf einer Verdichtung von Einzelmerkmalen zu Berichterstattungsmustern. Dies macht in einem ganz praktischen Sinn die Analyse anschaulicher und übersichtlicher, da wir nicht eine Fülle an Veränderungen in Einzelvariablen analysieren müssen. Die Veränderungen in der Berichterstattung lassen sich überdies sicherer interpretieren, da die unvermeidlichen Zufallsschwankungen von Einzelvariablen in der komplexen Messung bis zu einem gewissen Maß abgefedert werden.

Um in der Framing-Analyse die relevanten Kategorien der Untersuchungsgegenstände adäquat abbilden zu können, haben wir in einem ersten Schritt eine qualitativ hermeneutische Analyse für Beiträge des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ sowie Leitartikel der Qualitätszeitungen „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ) und „Süddeutsche Zeitung“ (SZ) zwischen 1989 und 2000 durchgeführt.<sup>4</sup>

Der Untersuchungszeitraum der anschließenden quantitativen Inhaltsanalyse umfasste die Zeit vom 1. Januar 1989 bis zum 31. Dezember 2000. Das Jahr 1989 ist mit der deutschen Wiedervereinigung und Umbrüchen in damaligen Ostblockstaaten eine international bedeutsame Wendemarke. Mit dieser Festlegung können wir allerdings politisch bedeutsame Veränderungen nicht erfassen, die vor 1989 einsetzten (z. B. Gorbatjows Bestrebungen um „Glasnost“ und „Perestrojka“). Das Ende des Untersuchungszeitraums hängt ganz pragmatisch damit zusammen, dass unser Projekt ein Jahr später begann und eine planerisch und finanziell vertretbare Endmarke gesetzt werden musste.

Die beiden Qualitätszeitungen „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ) sowie „Süddeutsche Zeitung“ (SZ) wurden aus vier Gründen ausgewählt: (1) Beide Zeitungen bieten ein breites, journalistisch niveauvolles Informationsangebot, das sich durch anerkannte Bemühung um Vollständigkeit und Verlässlichkeit auszeichnet. (2) Die Blätter sind publizistische Meinungsführer, deren Berichterstattung andere Journalisten beachten und als Orientierung für ihre Arbeit nutzen. (3) Beide Zeitungen haben unterschiedliche redaktionelle Linien und decken damit eine Bandbreite journalistischer Sichtweisen zu aktuellen Themen ab. Die redaktionelle Linie der SZ gilt als „gemäßigt links“ und die der FAZ als „gemäßigt rechts“ (Kepplinger, 1998, S. 251). (4) Beide Blätter sind überregional ausgerichtet und dürfen häufig und umfangreich über internationale Ereignisse wie Kriege und Konflikte sowie nationale Belange wie die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Bundesrepublik Deutschland berichten.

Untersucht wurde der gesamte politische redaktionelle Teil beider Zeitungen. Es wurden sämtliche meinungs- und tatsachenbetonten Stilformen im politischen Teil erfasst, die sich mit Kriegen, Konflikten sowie der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Bundesrepublik beschäftigten. Thematisch relevante Beiträge mussten sich explizit auf die Themen „Krieg“ oder „Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ beziehen. Dafür musste mindestens eines der beiden Themen in den Überschriften oder – bei tatsachenbetonten Stilformen – im Lead genannt sein. Bezogen auf das Untersuchungsthema wurde damit eine Vollerhebung durchgeführt.

Da die Erhebungen zur Studie an zwei Standorten – München und Hannover – durchgeführt wurden, war es notwendig, in Bezug auf die Zuverlässigkeit des Erhebungsinstruments mit besonderer Sorgfalt zu verfahren. Dies galt auch deshalb, da in München mit der Erhebung früher begonnen wurde. Es musste also nicht nur die Codiererübereinstimmung am Standort, sondern auch die Übereinstimmung zwischen den Standorten sichergestellt werden.

4 Die empirische Studie ist Teil eines von der DFG geförderten Projekts zur Analyse des Zusammenhangs von Kriegsberichterstattung sowie sicherheits- und verteidigungspolitischer Berichterstattung (Aktenzeichen FR 967/7-1).

Über die Übereinstimmung der Codierung mit einer für beide Standorte verbindlichen Mastercodierung (Konstrukt-Reliabilität) lässt sich abschätzen, ob an beiden Standorten mit zufrieden stellender Übereinstimmung gearbeitet wurde. Dabei ergeben sich für beide Standorte sehr gute Werte (München 0.91/Hannover 0.92). Da die Übereinstimmung mit der Mastercodierung an beiden Standorten sehr hoch ist, ist auch davon auszugehen, dass es eine zufrieden stellende Übereinstimmung zwischen den Standorten gibt. Bei einem Wert von 0.91 in München und 0.92 in Hannover ergibt sich im ungünstigsten Fall eine Übereinstimmung zwischen München und Hannover von 0.84. Dies kann in Anbetracht der komplexen Anforderungen an die Codierer als sehr guter Wert gelten.

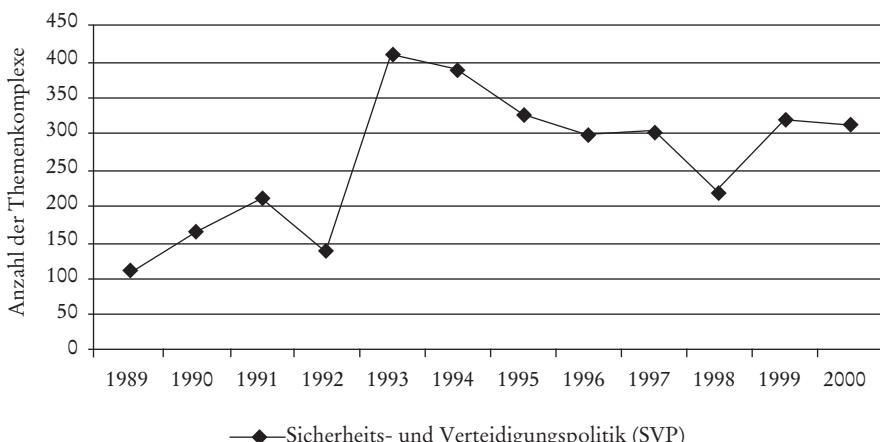
## 5. Ergebnisse

### 5.1 Die Entwicklung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Berichterstattung

Im Folgenden sollen die inhaltlichen Schwerpunkte und die Dynamik des medialen Diskurses zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik untersucht werden. Dabei zählen wir zum sicherheitspolitischen Diskurs alle Themenkomplexe, die sich explizit auf die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Bundesrepublik, auf die Bundeswehr und damit verbundene Fragen sowie auf die Einsätze der Bundeswehr beziehen. In einem ersten Schritt wollen wir die quantitative Entwicklung der Berichterstattung zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Zeitverlauf betrachten (vgl. Abbildung 1).

Dabei zeigt sich ein deutlicher quantitativer Sprung im Jahre 1993. Gab es in den Jahren zuvor jeweils zwischen 100 und 150 Themenkomplexe im Jahr, so sind es 1993 über 400.<sup>5</sup> Zwar nimmt die Berichterstattungsintensität bis zum Jahr 1995 wieder etwas ab,

Abbildung 1: Sicherheits- und verteidigungspolitische Berichterstattung von 1989 bis 2000 in FAZ und SZ



5 Ab 1993 wird die FAZ auf der Basis von CD-Rom-Recherchen analysiert. Dies könnte dazu

sie bleibt aber bis auf das Jahr 1998 auf einem hohen Niveau von etwa 300 Themenkomplexen pro Jahr. Fast scheint es, als habe das wiedervereinigte Deutschland zunächst „eigene“ Probleme, bis es sich dann ab 1993 auf Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik besinnt – zumindest laut Darstellung der untersuchten Zeitungen.

Eine mögliche Erklärung für diesen enormen Anstieg im Umfang der Berichterstattung finden wir, wenn wir uns die Struktur der sicherheits- und verteidigungspolitischen Themenkomplexe etwas näher ansehen. Dabei werden wir alle Berichterstattungsgegenstände zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik etwas differenzierter betrachten. Grob lassen sich diese Themenkomplexe vier unterschiedlichen Gebieten zuordnen: Bundeswehr allgemein, Bundeswehreinsätze, Bündnispolitik und sonstige Themen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Beiträge zu Bundeswehrfragen, also zu Organisation und Struktur der Bundeswehr und zu damit verbundenen Haushaltsfragen, dominieren die Berichterstattung. 54 Prozent der Themenkomplexe fallen hierunter. An zweiter Stelle folgt mit 29 Prozent die Berichterstattung zu Bundeswehreinsätzen. Damit geht es bei insgesamt vier von fünf Themenkomplexen um die Bundeswehr und mit ihr verbundene Fragen. Mit 13 Prozent haben Bezüge zur Bündnispolitik noch einen gewissen Stellenwert; die restlichen Themenkomplexe lassen sich unterschiedlichen Kategorien zuordnen und werden von uns nur noch zusammenfassend betrachtet.

Verfolgen wir die Entwicklung der Themenkomplexe, unterteilt in die vier angesprochenen Berichterstattungsgegenstände, dann zeigt sich, dass diese nicht nur unterschiedlich bedeutsam sind, sondern auch eine ganz unterschiedliche Dynamik aufweisen. Die zwei wichtigsten Berichterstattungsgegenstände – Bundeswehr allgemein und Bundeswehreinsätze – wechseln sich in der medialen Bedeutung ab. In der Mehrzahl der Fälle ist die Bundeswehrberichterstattung der wichtigste Gegenstand der Zeitungsberichterstattung. In der Regel widmen die Qualitätsblätter mehr als die Hälfte der Themenkomplexe diesem Bereich. Nur in den Jahren 1991 (45 Prozent), 1993 (30 Prozent) und 1995 (26 Prozent) wird diese Marke unterschritten. In diesen Zeiträumen sind dann die Auslandseinsätze der Bundeswehr medial besonders präsent, d. h. die wichtigsten Berichterstattungsgegenstände.

Den größten Schwankungen unterliegt offensichtlich die Berichterstattung über Bundeswehreinsätze (vgl. Abb. 2). Der Höchstwert in der Berichterstattung über Bundeswehreinsätze und besonders große Sprünge im Vergleich zum Vorjahr treten genau dann ein, wenn die Berichterstattung zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Allgemeinen ihr Maximum erreicht und ebenfalls den größten Anstieg im Vergleich zum Vorjahr aufweist. Der generell starke Anstieg der Berichterstattung über Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Jahr 1993 lässt sich also vor allem aus den vermehrten Beiträgen über Bundeswehreinsätze erklären.

Wenn wir die Themenkomplexe zu den Bundeswehreinsätzen etwas genauer anschauen, wird allerdings deutlich, dass die verschiedenen Auslandseinsätze der Bundeswehr eine ganz unterschiedliche Bedeutung in der Berichterstattung haben (vgl. Tabelle 1).

Von den einzelnen Einsätzen ist eindeutig Somalia in der Berichterstattung der untersuchten Zeitungen am bedeutendsten. 21 Prozent der Themenkomplexe entfallen auf diesen Einsatz. An zweiter Stelle folgt die Beteiligung an den Friedenstruppen in Bos-

---

führen, dass der Anstieg für 1993 methodische Gründe hat. Dagegen spricht aber, dass wir auch für die SZ einen deutlichen Anstieg in der Berichterstattung finden.

*Tabelle 1: Berichterstattungsgegenstände zu Bundeswehreinsätzen in Themenkomplexen zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik 1989 bis 2000 in FAZ und SZ*

	Anteil in % (n = 935)
Bundeswehreinsätze allgemein	36
Somalia 1992/1994	21
Beteiligung an Friedenstruppen in Bosnien 1999	14
Kontingent für KFOR-Truppen im Kosovo 1999	9
Luftbrücke nach Ostbosnien 1993–95	7
Beteiligung an NATO-Luftüberwachung in Bosnien 1992	3
Persischer Golf/Irak 1991	3
Kambodscha 1991/1993	2
Sonstige Einsätze	4
<b>Gesamt</b>	<b>100</b>

*Basis:* Alle Themenkomplexe zu Bundeswehreinsätzen

nien ab 1999, danach das KFOR-Kontingent, ebenfalls ab 1999. Die humanitären Einsätze im Sudan, in Ruanda und Georgien finden nur sporadische Beachtung. Der Somalia-Einsatz scheint also eine Sonderrolle zu spielen. Möglicherweise wirkt sich hier aus, dass im Rahmen dieses Einsatzes deutsche Soldaten zum ersten Mal zur Waffe griffen.

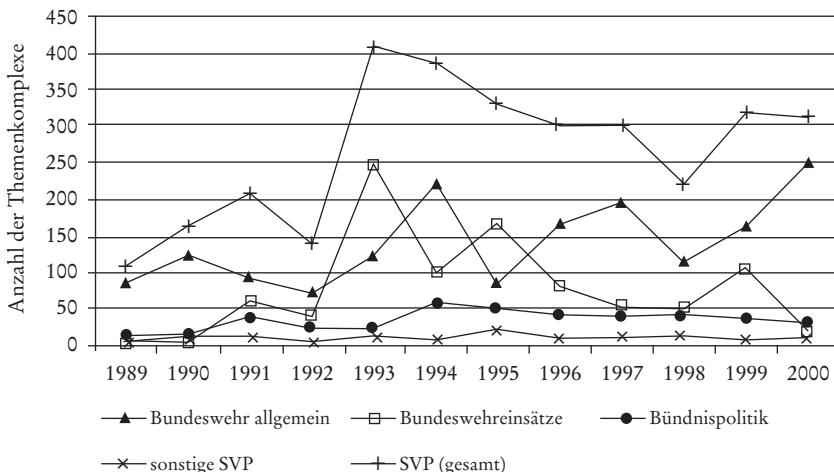
35 Prozent aller Themenkomplexe zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Jahr 1993 (n = 408) behandeln den Somalia-Einsatz der Bundeswehr. Damit geht ein großer Teil des generellen Anstiegs im Berichterstattungsumfang der untersuchten Zeitungen von 1992 auf 1993 eben auf den Somalia-Einsatz zurück. Das Engagement der Bundeswehr in Somalia wirkt für die untersuchten Zeitungen also quasi als Initialzünder für den sicherheitspolitischen Diskurs in der Bundesrepublik. Mit diesem Bundeswehreinsatz wird die Beteiligung der Bundeswehr an Auslandseinsätzen erstmals zum Medienthema. Alle Einsätze davor wurden offenbar als weniger brisant empfunden. Durch die Präsenz des Somalia-Einsatzes in der Presse wird Sicherheits- und Verteidigungspolitik auch insgesamt wieder Gegenstand der Berichterstattung in FAZ und SZ. Der Somalia-Einsatz kann somit wohl als ein Schlüsselereignis gelten.<sup>6</sup> Im Gegensatz zur Überlegung von Kepplinger (1998, S. 30), dass Schlüsselereignisse die medialen Selektionskriterien nur kurzfristig verändern, bleibt die Berichterstattung über Sicherheits- und Verteidigungspolitik aber dauerhaft auf einem höheren Niveau. Dies lässt vermuten, dass mit dem Somalia-Einsatz tief greifendere Änderungen verbunden sind, die sich dauerhaft oder zumindest langfristig auf die Politik und die politische Berichterstattung in der Bundesrepublik auswirken.

<sup>6</sup> Die theoretische Arbeit zu Schlüsselereignissen ist noch nicht sehr fortgeschritten. Insbesondere fehlt es noch an klaren Merkmalen, die ein Schlüsselereignis auszeichnen. Schlüsselereignisse werden in der Regel über ihre Folgen identifiziert, also über die Einflüsse, die sie auf die Berichterstattung nehmen. Damit wird die Argumentation aber immer etwas zirkular.

## 5.2 Die Frames der Printberichterstattung zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Bislang haben wir betrachtet, wie sich die Berichterstattung von FAZ und SZ zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik von 1989 bis 2000 entwickelte. Im Folgenden werden wir die Berichterstattungsmuster zu diesem Themengebiet identifizieren. Aufgrund unserer theoretischen Überlegungen werden wir die medialen Bezugsrahmen als spezifische Kombinationen inhaltlicher Merkmale der Berichterstattung herausarbeiten. Dazu ist die Clusteranalyse ein geeignetes Verfahren (vgl. Matthes & Kohring, 2004). Bei der Durchführung der Clusteranalyse haben wir aus den quantitativ wichtigsten Ausprägungen der zentralen Merkmale der Berichterstattung (vgl. Abbildung 2) dichotome Variablen gebildet.<sup>7</sup> Mit Hilfe dieser neuen Variablen wurde eine hierarchische Clusteranalyse durchgeführt.<sup>8</sup> Die auf diesem Wege ermittelten Cluster interpretieren wir als Medien-Frames.

Abbildung 2: Berichterstattungsgegenstände in Themenkomplexen zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik von 1989 bis 2000 in FAZ und SZ (Anzahl)



Korrelierte Ausgangsvariablen stellen ein Problem bei der Clusteranalyse dar. Diese sind bei der Bildung der Cluster in gewisser Weise privilegiert. Als Lösung bei der Clusteranalyse wird gewöhnlich vorgeschlagen, der eigentlichen Clusteranalyse eine Faktorenanalyse vorzuschalten und die Clusterung dann mit den so ermittelten Faktoren durchzuführen. Bei der vorliegenden Clusteranalyse waren Redundanzen bei Variablen gegeben, die aus der identischen Ausgangsvariable – vor allem dem Berichterstattungsgegenstand – gebildet wurden. Diese Variablen korrelieren selbstverständlich miteinander. Wir haben dies aber bewusst in Kauf genommen, da sich in der Summe durch das Zusammenwirken anderer Variablen erheblich größere Distanzen ergeben können und die Privilegierung der Berichterstattungsgegenstände inhaltlich sinnvoll erschien.

7 Tabelle 2 gibt Auskunft über die für die Clusterung verwendeten Variablen.

8 Als Distanzmaß wurde die Quadrierte Euklidische Distanz für dichotome Variablen benutzt, zur Clusterbildung wurde mit dem Ward-Verfahren gearbeitet.

Das erste Cluster steht für den Berichterstattungsframe „Deutsches verteidigungs-politisches Handeln“ (vgl. Tabelle 2). Zu 99 Prozent geht es dabei um den Berichterstattungsgegenstand „Bundeswehr allgemein“. Auf thematischer Ebene geht es um „Nationale Sicherheits- und Verteidigungspolitik“. Die Handelnden sind zumeist Politiker, die Betroffenen sind sehr häufig Militärs; beide, sowohl Betroffene als auch Handelnde, sind zu über 90 Prozent Deutsche. Bei den Ereignissen ragt im Vergleich zu den anderen Clustern das Exekutivhandeln heraus. In diesem Cluster geht es also vor allem darum, wie Politik konkret mit der Bundeswehr umgeht. Dies wird aus dem Verhältnis „handelnder Politiker“ zu „betroffenen Militärs“ deutlich. Es handelt sich dabei also um die Berichterstattung über die Umsetzung politischer Entscheidungen. Im Gegensatz zu

*Tabelle 2: Cluster der Berichterstattung zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik in FAZ und SZ – Clusterbildende Merkmale*

	Frame 1 Deutsches verteidigungs- politisches Handeln	Frame 2 Deutsche verteidigungs- politische Debatte	Frame 3 Bündnis- politik	Frame 4 Bundeswehr- einsätze
<i>Berichterstattungsgegenstände (in %):</i>				
Bündnispolitik	0	0	74	0
Bundeswehr allgemein	<b>99</b>	<b>99</b>	0	0
Bundeswehreinsätze	0	1	0	<b>100</b>
<i>Themen:</i>				
Nationale Sicherheits- und Verteidigungspolitik	<b>82</b>	65	23	21
Internationale Sicherheits- und Verteidigungspolitik	1	3	<b>39</b>	8
Militärpolitik	1	2	1	<b>18</b>
Sonstige Sicherheitspolitik	0	0	<b>26</b>	0
<i>Akteure:</i>				
Handelnder Militär	11	23	5	<b>24</b>
Handelnder Politiker	<b>75</b>	59	63	53
Betroffener Militär	<b>96</b>	3	9	29
Betroffener Politiker	1	<b>29</b>	27	17
Deutscher Handelnder	<b>94</b>	84	51	73
Deutscher Betroffener	<b>98</b>	40	20	43
<i>Ereignisse:</i>				
Nationale Politische Ereignisse	44	<b>46</b>	26	33
Kriege und Kriegsereignisse	3	7	14	<b>40</b>
Internationale Politische Ereignisse	7	1	<b>28</b>	4
<i>Politisches Diskurshandeln</i>				
allgemein	9	<b>19</b>	10	11
Exekutivhandeln	<b>15</b>	13	7	9
Zahl der Themenkomplexe	764	956	544	929

Basis: Alle Themenkomplexe zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik  
In den Zeilen sind die höchsten Werte fett markiert.

den oben geäußerten Überlegungen interessieren sich zumindest die Qualitätszeitungen also sehr wohl auch für die Politikimplementation.

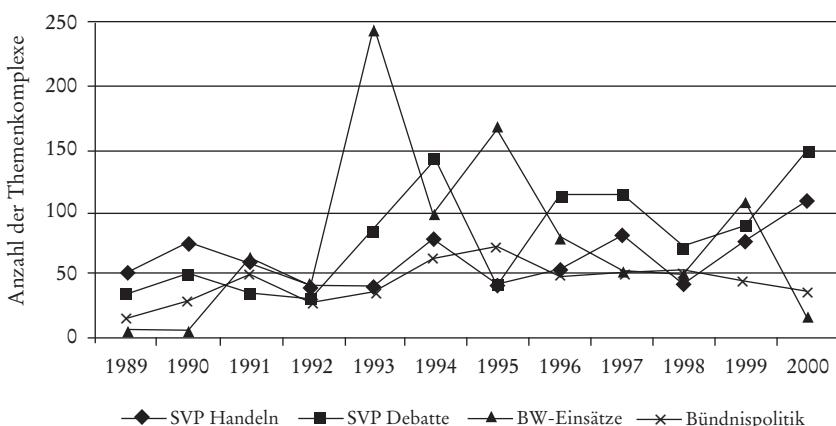
Beim zweiten Cluster dominiert als Berichterstattungsgegenstand ebenfalls „Bundeswehr allgemein“. Relativ häufig geht es um das Thema „Nationale Sicherheits- und Verteidigungspolitik“; dieser Schwerpunkt ist aber deutlich weniger ausgeprägt als beim ersten Cluster. Bei den Akteuren werden die Unterschiede aber markanter. Dieses Cluster hat den höchsten Anteil an „betroffenen Politikern“ und den geringsten Anteil an „betroffenen Militärs“. Unter den Ereignissen ragen besonders „nationale politische Ereignisse“ und „politisches Diskurshandeln“ heraus. Es geht also um Prozesse, die sich ausschließlich innerhalb des politischen Systems abspielen, wie etwa parlamentarische Debatten. Die Gewichtung dieser Merkmale legt die Bezeichnung „Deutsche Verteidigungspolitische Debatte“ nahe. Im Gegensatz zum oben beschriebenen Frame „Deutsches Verteidigungspolitisches Handeln“ geht es hier vor allem um Prozesse im Vorfeld politischer Entscheidungen, die im politischen System ausgehandelt werden müssen. Es liegt also nahe, dieses Cluster der Problemdefinition und der Politikdefinition zuzuordnen.

Beim dritten Cluster bzw. Medien-Frame dominiert, wenn auch nicht so eindeutig wie in den vorigen Fällen, der Berichterstattungsgegenstand „Bündnispolitik“. 74 Prozent der Themenkomplexe entfallen auf diesen Berichterstattungsgegenstand. Nahezu folgerichtig hat dieser Frame einen thematischen Schwerpunkt in der „Sicherheitspolitik“ sowie in der „Internationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“. Dieser macht hier 39 Prozent, bei den anderen Clustern höchstens acht Prozent der Themenkomplexe aus. Bei diesem Frame gibt es die wenigsten „handelnden Militärs“ und die wenigsten deutschen Handelnden und Betroffenen. Die eher internationale Orientierung dieses Berichterstattungstyps wird auch an dem geringen Anteil von „nationalen politischen Ereignissen“ deutlich sowie vor allem am höchsten Anteil an „internationalen politischen Ereignissen“. Es scheint angemessen, diesen Frame „Bündnispolitik“ zu nennen.

Beim letzten Cluster geht es zu 100 Prozent um den Berichterstattungsgegenstand „Bundeswehreinsätze“; so nennen wir den Frame naheliegenderweise. Der militärische Bezug wird hier auf den verschiedenen Ebenen deutlich: In diesem Cluster geht es am häufigsten um Militärpolitik. Im Vergleich aller Cluster sind hier am häufigsten die Militärs und am seltensten die Politiker die Handelnden. Weitauß häufiger als bei den anderen Clustern geht es zudem um „Kriege und Kriegsereignisse“. Dieser Frame ist quantitativ am wichtigsten. Hierin drückt sich wohl die starke Ereignis-Orientierung der Medien aus.

Im nächsten Schritt wollen wir untersuchen, welche Bedeutung die medialen Frames zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Zeitverlauf haben (vgl. Abb. 3). Natürlich werden hier zunächst die Trends des Themas insgesamt abgebildet. Aus diesem Grund kommen alle Medien-Frames bis einschließlich 1992 nur selten vor. Zu einem dramatischen Anstieg in der Berichterstattung kommt es dann 1993. Er geht im Wesentlichen auf den Frame „Bundeswehreinsätze“ zurück. Wir finden hier also auch die Bedeutung des Somalia-Einsatzes wieder. Aber auch der Medien-Frame „Deutsche Verteidigungspolitische Debatte“ gewinnt schon 1993 an Bedeutung und wird 1994 zum dominierenden Bezugsrahmen in den Zeitungen. 1995 dominieren dagegen „Bundeswehreinsätze“ als Medien-Frame. In den folgenden Jahren bleibt die „deutsche Verteidigungspolitische Debatte“ mit einer Ausnahme (1999) der wichtigste Frame. Die beiden anderen Frames spielen fast im gesamten untersuchten Berichterstattungszeitraum eine untergeordnete Rolle; sie variieren auch in der Bedeutung über die Jahre deutlich weniger.

*Abbildung 3: Die Medien-*Frames* zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik in FAZ und SZ im Zeitverlauf von 1989 bis 2000*



### 5.3 Die Dynamik der Berichterstattungsmuster

Wir sind bei unseren theoretischen Überlegungen davon ausgegangen, dass sich die beschriebenen Trends in der Berichterstattung nicht zufällig ergeben, sondern systematisch aufeinander bezogen sind. Ein theoretisches Modell für diese Abfolge auf Seiten der politischen Realität wäre die Vorstellung eines rationalen politischen Prozesses, bei dem zunächst Probleme identifiziert und dann verschiedene Handlungsoptionen diskutiert werden (vgl. Jarren et al., 1996). Danach sollte eine Phase folgen, in der Lösungen implementiert werden, damit im Anschluss bestimmte Handlungen ausgeführt werden können. Die Medien greifen einerseits diese Entwicklungen der politischen Realität auf; andererseits können sie diese durch ihre Berichterstattung für den öffentlichen Diskurs vorbereiten. Beide Seiten lassen sich analytisch unterscheiden, sind aber empirisch schwer zu trennen. Die von uns gefundenen (Medien-)Frames reflektieren jedenfalls verschiedene Phasen des Politikprozesses. Die „Deutsche verteidigungspolitische Debatte“ sollte dann für die Phase der Problemidentifikation und die Phase der Diskussion von Problemlösungen stehen. Das wird daran deutlich, dass in diesem Frame Politiker häufig Handelnde und Betroffene sind, die Interaktionen spielen sich also innerhalb der Politik ab. Beim „Deutschen verteidigungspolitischen Handeln“ geht es um die Implementierung von Strukturen. Hier handeln vor allem deutsche Politiker, und die deutschen Militärs sind von diesen Handlungen betroffen. Die Bundeswehreinsätze stellen letztlich das politisch vorstrukturierte militärische Handeln dar. In einem rationalen Politikmodell sollte mit dem „Deutschen verteidigungspolitischen Handeln“ die Voraussetzung dafür geschaffen werden, dass die Bundeswehr ihre Auslandseinsätze bewältigen kann, während die „Deutsche verteidigungspolitische Debatte“ die Voraussetzungen für dieses Handeln schafft und die Auslandseinsätze demokratisch legitimiert. Die Stellung des Frames „Bündnispolitik“ ist in diesem Zusammenhang kaum zu bestimmen.

Ob die von uns untersuchten Zeitungen den beschriebenen ‚idealtypischen‘ Ablauf politischer Realität reflektieren, wollen wir mit Hilfe von Zeitreihenanalysen überprüfen.

fen. Wir haben dafür Zeitreihen auf Quartalsbasis gebildet und diese ARIMA-bereinigt.<sup>9</sup> Dabei haben wir zwei signifikante Korrelationen gefunden. Wenn wir den Zusammenhang zwischen „verteidigungspolitischer Debatte“ und „verteidigungspolitischem Handeln“ betrachten, dann stellen wir fest, dass beide Medien-Frames in einer Quartalsperspektive zeitlich synchron variieren; beide Zeitreihen korrelieren sehr stark ( $r = +0.70$ ). Die Beziehung des Medien-Frames „Deutsche verteidigungspolitische Debatte“ zu den Frames „Bündnispolitik“ und „Bundeswehreinsätze“ ergibt ein besonders interessantes Ergebnis: Die Berichterstattung, die „Bundeswehreinsätze“ als Bezugsrahmen anlegt, geht der Anwendung des Frames „Deutsche verteidigungspolitische Debatte“ um vier Quartale voraus ( $r = +0.43$ ). Mit anderen Worten, etwa ein Jahr, nachdem über einen Auslandseinsatz der Bundeswehr berichtet wurde, kommt es zu einem Anstieg in der Berichterstattung über verteidigungspolitische Debatten.

Ergänzend zur Analyse auf Quartalsebene haben wir eine Analyse auf Basis von Wochen durchgeführt, um zeitlich eng zusammenhängende Abläufe präziser erfassen zu können. Dabei gibt es zwei zentrale Ergebnisse. Zum einen finden wir wiederum einen Zusammenhang zwischen dem Frame „Deutsche verteidigungspolitische Debatte“ und dem Frame „Deutsches verteidigungspolitisches Handeln“. Beide Frames korrelieren zeitgleich mit einem signifikanten Wert von  $r = .53$ . Allerdings gibt es auch eine geringe, wenn auch statistisch bedeutsame zeitverzögerte Korrelation von  $r = .13$  für den Fall, dass der Frame „Deutsche verteidigungspolitische Debatte“ dem Frame „Deutsches verteidigungspolitisches Handeln“ um eine Woche vorausgeht. Weiter fanden wir schwache ( $r$  zwischen .16 und .21), wenn auch signifikante Korrelationen für das zeitgleiche Auftreten des Frames „Bündnispolitik“ mit den drei anderen Medien-Frames. Also immer dann, wenn einer der verteidigungspolitischen Medien-Frames stärker in der Berichterstattung auftritt, geht dies mit einem leichten Anstieg des Frames „Bündnispolitik“ einher.

- Fassen wir die Ergebnisse zu den Zeitreihen zusammen, dann ist dreierlei auffällig.
1. Die Berichterstattung über verteidigungspolitische Debatten folgt der Berichterstattung über Bundeswehreinsätze mit erheblichem zeitlichen Abstand.
  2. Es besteht in der Berichterstattung der Zeitungen eine enge zeitliche Verzahnung zwischen verteidigungspolitischer Debatte und verteidigungspolitischem Handeln.
  3. Immer wenn sich die Berichterstattung über einen Aspekt der Sicherheits- und Verteidigungspolitik verstärkt, findet auch die Bündnispolitik eine verstärkte mediale Aufmerksamkeit.

Das Ergebnis, dass die Berichterstattung über Bundeswehreinsätze der Berichterstattung über verteidigungspolitische Debatten vorausläuft, ist sicherlich am interessantesten. Damit scheinen die Zeitungen keineswegs Debatten zu reflektieren, die den Auslandseinsätzen vorausgehen und diese vorbereiten oder legitimieren. Vielmehr lösen die Einsätze mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung mediale Aufmerksamkeit für verteidigungspolitische Debatten aus. Hierzu bieten sich sowohl medienbezogene als auch politikbezogene Interpretationen an.

Zum einen kann man aus politischer Sicht darauf verweisen, dass die deutschen Politiker hier eher durch die internationale Lage getrieben waren, dass auf ihnen ein Handlungsdruck lastete, der keinen Raum mehr für Debatten bot. In der Folge mussten dann aber die Handlungen ex post legitimiert werden, und es stellte sich immer wieder die Frage nach strukturellen Veränderungen in der Bundeswehr, um diese für die Einsätze

9 Zum Verfahren der Zeitreihenanalyse vgl. Scheufele (1999).

tauglicher zu machen. Die Zeitungen reflektieren dann diese politischen Vorgänge in ihrer Berichterstattung.

Zum anderen bietet sich aus kommunikationswissenschaftlicher Sicht die Interpretation an, dass die Auslandseinsätze der Bundeswehr Schlüsselereignisse darstellen, durch welche die Thematik „Verteidigungspolitik“ einen höheren Nachrichtenwert erfährt. Die Zeitungen reflektieren in diesem Fall nicht bloß die politische Realität, sondern gewichteten Ausschnitte davon entsprechend in ihrer Berichterstattung. Bis zum Ende der 1980er Jahre schien der verteidigungspolitische Spielraum begrenzt. Mit Ausnahme des NATO-Nachrüstungsbeschlusses gab es kaum verteidigungspolitische Themen. Mit den Auslandseinsätzen wurde deutlich, dass sich die verteidigungspolitische Situation nun wesentlich komplexer darstellt. Diese Argumente machen deutlich, dass sich beide Argumentationsweisen – die politik- und die medienbezogene – keineswegs ausschließen, sondern komplementär zueinander sind.

Wie aber lässt sich die erhebliche zeitliche Verzögerung von vier Quartalen erklären? Die Medien schenken ganz offensichtlich nicht allen Phasen des Politikprozesses die gleiche Aufmerksamkeit. Der nach den Auslandseinsätzen der Bundeswehr einsetzende politische Diskurs über mögliche Reformen der Bundeswehr oder der Verteidigungsdoktrin dürfte zunächst auf der politischen ‚Hinterbühne‘ stattfinden, d. h. in Ausschüssen, Gremien und unter Experten der Sicherheits- und Verteidigungspolitik geführt werden – und damit außerhalb der Aufmerksamkeit der Massenmedien. Erst eine entsprechende Debatte im Bundestag zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die lange durch Debatten auf der politischen ‚Hinterbühne‘ vorbereitet wird, rückt dann wieder in den Blick der Medien. Anders gesagt: Erst im Vor- bzw. Umfeld von Entscheidungen bzw. Abstimmungen werden politische Diskurse zum Medienthema.

In unserem Untersuchungszeitraum bieten sich zwei Ereignisse in besonderer Weise dafür an, um zu verdeutlichen, wie lange oft der Zeitraum zwischen Auslöseereignissen und den relevanten Folgereignissen sein kann: Das BVerfG-Urteil zu Auslandseinsätzen von 1994 und die Veröffentlichung des Weißbuchs zur Bundeswehr von 1994. Am 12. Juli 1994 entschied der zweite Senat des BVerfG unter hoher medialer Anteilnahme, dass die Auslandseinsätze der Bundeswehr in Serbien und Montenegro, der Einsatz von Bundeswehrsoldaten in AWACS-Aufklärungsflugzeugen zur Überwachung des Flugverbots in Bosnien sowie der Somalia-Einsatz verfassungsgemäß seien (vgl. FAZ vom 13.7.2004). Damit wurde ein politischer Prozess abgeschlossen, der im Falle Rest-Jugoslawiens schon zwei Jahre und im Falle Somalias schon ein Jahr vorher begonnen hatte. Das am 15. März 1994 vorgelegte Weißbuch zur Bundeswehr wurde von den Medien interpretiert als der Versuch, die Bundeswehr für Auslandseinsätze umzubauen (vgl. etwa Süddeutsche Zeitung vom 16. März 1994). Die wohl wichtigste Neuerung war der geplante Aufbau von Krisenreaktionskräften. Dieses zentrale politische Ereignis, das ein hohes Maß an medialer Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat, liegt damit mehr als ein halbes Jahr nach dem Somalia-Einsatz.

Auf Basis der oben dargestellten Überlegungen lässt sich auch die enge zeitliche Verzahnung zwischen verteidigungspolitischer Debatte und verteidigungspolitischem Handeln in der Berichterstattung der Zeitungen erklären. Die Berichte über Diskussionen gehen hier den Artikeln über Handlungen nur sehr kurzfristig voraus. Das entspricht zwar in der zeitlichen Reihenfolge durchaus unseren Erwartungen, aber die dichte zeitliche Abfolge überrascht doch. Möglicherweise haben politische Debatten nur dann einen Nachrichtenwert, wenn sie absehbar kurz vor Entscheidungen stattfinden. Dies würde bedeuten, dass genau der Umstand, der dazu führt, dass die politische Debatte so lange nach den Bundeswehreinsätzen stattfindet, auch ursächlich dafür ist, dass

politisches Debattieren und politisches Handeln in der Medienberichterstattung so eng aneinander gerückt werden. In der medialen Darstellung wird der Politikprozess damit auf Entscheidungsphasen und dramatische Ereignisse verdichtet. Die lange Kette von weniger spektakulärer politischer Arbeit, die zwischen dem Anlass zum politischen Handeln und den politischen Entscheidungen liegt, wird womöglich ausgeblendet. Auf Basis unserer Daten lässt sich allerdings nicht klären, ob hier das politische Handeln maßgeblicher Anstoß für Zeitungsberichte war oder die Selektionsentscheidungen der Journalisten die entscheidendere Rolle spielten. Um dies zweifelsfrei zu klären, wäre eine umfangreiche Analyse der politischen Realität notwendig gewesen, die gerade angesichts des Untersuchungszeitraums den Rahmen unseres Projekts erheblich gesprengt hätte.

Das dritte zentrale Ergebnis unserer Zeitreihenanalyse ist die konstante Bedeutung der Bündnispolitik. Dieser Medien-Frame steht mit jedem anderen Medien-Frame in einem zeitgleichen Zusammenhang. Daran wird deutlich, dass die mediale Diskussion der Bündnispolitik die Grundlage der medialen Auseinandersetzung mit der deutschen Sicherheitspolitik darstellt. Immer dann, wenn Verteidigungspolitische Themen in der Zeitungsberichterstattung bedeutsam werden, wird auch zu einem gewissen Maß die Bündnispolitik als Berichterstattungsgegenstand relevant. Dies korrespondiert mit den Ergebnissen von Klaus, Goldbeck & Kassel (2002, S. 302), die in ihrer Analyse der Berichterstattung zum Kosovo-Krieg feststellen, dass die Westbindung Deutschlands und dessen hervorgehobene Rolle in der NATO betont wird. Auch Grundmann, Smith & Wright (2000) zeigen, dass in deutschen Medien die Frage der Loyalität zum NATO-Bündnis eine ganz entscheidende Rolle spielt.

#### 5.4 Zusammenfassung

Unsere Ergebnisse haben deutlich gemacht, dass die Medien den politischen Wandel begleitet haben. Die dramatische Umorientierung in der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik spiegelt sich in einem verstärkten Interesse der Medien an diesem Themengebiet wider. Die Berichterstattung über Sicherheits- und Verteidigungspolitik hat ab dem Jahr 1993 spürbar an Bedeutung gewonnen. Im Jahr 1993 erreicht die Debatte über Sicherheits- und Verteidigungspolitik in den untersuchten Zeitungen einen Höhepunkt. Der quantitative Umfang der Debatte wird damit auf ein Niveau gehoben, das später nur noch in geringem Maße unterschritten wird. Ausschlaggebend für die Debatte im Jahr 1993 ist offensichtlich der Somalia-Einsatz der Bundeswehr. Dieser macht die Fragen der Militärpolitik zu einem zentralen Bereich des Politischen in den untersuchten Zeitungen. Dieser Einsatz kann somit wohl als Schlüsselereignis angesehen werden, das der Sicherheits- und Verteidigungspolitik eine erhöhte mediale Aufmerksamkeit sichert. Im Gegensatz zu theoretischen Überlegungen anderer Autoren erhöht dieser Einsatz nach unseren Befunden aber auch langfristig das Ausmaß an Berichterstattung über den Gegenstand. Dies lässt darauf schließen, dass der Somalia-Einsatz ein Symbol für einen tief greifenden Wandel der deutschen Politik darstellt. Das Weißbuch des Verteidigungsministeriums und das Urteil des BVerfG aus dem Jahr 1994 sind wichtige innenpolitische Wegmarken für diese Neuorientierung in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Für den Bereich Sicherheits- und Verteidigungspolitik ließen sich vier Medien-Frames identifizieren: „Deutsches Verteidigungspolitisches Handeln“, „Deutsche Verteidigungspolitische Debatte“, „Bündnispolitik“ und „Bundeswehreinsätze“. Diese Frames haben im Zeitverlauf jeweils eine unterschiedliche Bedeutung. Dabei zeigt sich

aber, dass sich die verschiedenen Frames nicht unabhängig voneinander entwickeln. Hier ergibt sich zum einen die Abfolge, dass eine „verteidigungspolitische Debatte“ dem „verteidigungspolitischen Handeln“ vorausgeht. Dies entspricht Modellen politischen Entscheidungsfindens und Handelns. Auffällig ist, dass „Bundeswehreinsätze“ mit einem größeren zeitlichen Abstand von einem Jahr zu einer verstärkten Berichterstattung über „verteidigungspolitische Debatten“ führen. Hier wird deutlich, dass deutsche Sicherheitspolitik in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts von einem gewissen Aktionismus getrieben war; die notwendigen Debatten wurden offenbar im Anschluss an Entscheidungen geführt. Allerdings lässt diese Erklärung offen, wieso der zeitliche Abstand so groß ist. Dies kann möglicherweise durch die Selektionskriterien der Medien erklärt werden. Durch die ihnen innenwohnende Dramatik sind die Auslandseinsätze der Bundeswehr mediale Selbstläufer. Der politische Diskurs aber, der sich an die Einsätze anschließt, wird zunächst vor allem von Experten in Ausschüssen und Arbeitskreisen geführt. Dort werden die politischen Entscheidungen vorbereitet. Dieser Expertendiskurs ist zum einen sehr komplex und wenig eindeutig und eignet sich somit aus Sicht der Massenmedien nicht für die Berichterstattung. Außerdem versuchen wohl auch die politischen Akteure, nicht allzu viel Aufmerksamkeit auf diese Prozesse zu lenken, da ansonsten aus ihrer Sicht die politische Entscheidungsfindung erschwert werden kann. Das Thema wird für die Medien erst dann wieder relevant, wenn es zu einer parlamentarischen Entscheidung kommen soll, und auch die Politik sieht dann den Zeitpunkt für parlamentarische Fensterreden gekommen. So wird also nur die Endphase der politischen Debatte in den Medien abgebildet. Dies bedeutet, dass die Medien einerseits den zeitlichen Zusammenhang zwischen Auslöse- und Folgeereignissen dehnen, ihn nahezu auflösen, dass sie andererseits den zeitlichen Zusammenhang eng verdichten, so dass die Phasen des politischen Prozesses kaum noch unterscheidbar sind. Im Umfeld besonders nachrichtenwertiger Ereignisse wird intensiv berichtet, die Zusammenhänge zwischen den Ereignissen verschwinden aber in der medialen Berichterstattung.

Die Analyse muss noch mehrere Fragen offen lassen. Vor allem bleibt weiterhin unklar, in welcher Weise das Mediensystem mit dem politischen System interagiert. Es muss gefragt werden, ob die gefundenen zeitlichen Zusammenhänge auf Aktionen aus dem Bereich der Politik zurückgehen und somit die politischen Prozesse widerspiegeln oder ob sie sich aus der Eigenlogik der Medien erklären lassen. Wenn Debatten erst nach Bundeswehreinsätzen geführt werden, dann kann dies daran liegen, dass Politik auf die Medienberichterstattung zu den Einsätzen reagiert, und es kann daran liegen, dass diesen Debatten erst in Folge von dramatischen Ereignissen wie Bundeswehreinsätzen von den Medien ein Nachrichtenwert zugeschrieben wird. Hier bedarf es weiterer Analysen, die einen Rückschluss auch auf die Verhaltensmuster im politischen System erlauben. Eine Möglichkeit könnte darin bestehen, in Zeitreihenanalysen politische Ereignisse als erklärende Variablen auf Umfang und Framing der Medienberichterstattung zu beziehen.

## Literatur

- Arndt, D. (1988). *Zwischen Alarmismus und Argumentation. Die sicherheitspolitische Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung zur innenpolitischen Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses*. München: Tuduv-Verlag.
- Berens, H. (2001). *Prozesse der Thematisierung in publizistischen Konflikten: Ereignismanagement, Medienresonanz und Mobilisierung der Öffentlichkeit am Beispiel von Castor und Brent Spar*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Brodersen, U. (1996). *Das wechselseitige Bild der Außen- und Sicherheitspolitik der USA und*

- UdSSR in den Zeitungen „Pravda“, „Izvestija“, „Washington Post“ und „New York Times“ der Jahre 1985–1989.* Frankfurt a. M.: Peter Lang.
- Brosius, H.-B. & Eps, P. (1993). Verändern Schlüsselereignisse journalistische Selektionskriterien? Framing am Beispiel der Berichterstattung über Anschläge gegen Ausländer und Asylanten. *Rundfunk und Fernsehen*, 41(4), 512–530.
- Bundesministerium der Verteidigung – Presse- und Informationsstab – Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.) (Aug. 2000). *Einsätze der Bundeswehr im Ausland. Reihe „Stichworte für die Öffentlichkeitsarbeit und Truppeninformation“*. Bonn.
- Calließ, J. (1999). Sicherheitspolitische Kommunikation. Über Strukturen und Defizite im Prozeß der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit den Fragen nach Sicherheit und Frieden. In S. B. Gareis & R. Zimmermann (Hrsg.), *Sicherheitspolitische Kommunikation* (S. 29–40). Baden-Baden: Nomos.
- Dirks, U. (1991). *Persuasive Darstellungsformen im Star-Wars-Diskurs. Eine sprachwissenschaftliche Untersuchung am Beispiel westlicher Presseorgane*. Marburg: Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Friedens- und Abrüstungsforschung an der Universität Marburg.
- Dowing, J. D. H. (1988). The alternative public realm: The organization of the 1980s anti-nuclear press in West Germany and Britain. *Media, Culture & Society*, 10, 163–181.
- Eilders, C. & Lüter, A. (2000). Competing framing strategies in German public discourse. Research note: Germany at war. *European Journal of Communication* 15(3), 415–428.
- Entman, R. M. & Rojecki, A. (1993). Freezing out the public: Elite and media framing of the U.S. anti-nuclear movement. *Political Communication*, 10, 155–173.
- Entman, R. M. (1993). Framing: Toward clarification of a fractured paradigm. *Journal of Communication*, 43(4), 51–58.
- Fishman, M. (1982). News and nonevents. Making the visible invisible. In J. S. Ettema & D. C. Whitney (Hrsg.), *Individuals in mass media organizations: Creativity and constraint* (S. 219–240). Beverly Hills, London, New Delhi: Sage.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13.7.1994: Auslandseinsätze der Bundeswehr verfassungsgemäß.
- Galtung, J. & Ruge, M. (1965). The structure of foreign news: The presentation of the Congo, Cuba and Cyprus Crisis in four foreign newspapers. *Journal of Peace Research*, 1, 64–91.
- Gerhards, J., Neidhardt, F. & Rucht, D. (1998). *Zwischen Palaver und Diskurs: Strukturen öffentlicher Meinungsbildung am Beispiel der deutschen Diskussion zur Abtreibung*. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Giessmann, H. J. (1999). The „cocooned giant“: Germany and European security. *Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik*, 16, 3–72.
- Grundmann, R., Smith, D. & Wright, S. (2000). National elites and transnational discourses in the Balkan war. A comparison between French, German and British establishment press. *European Journal of Communication* 15(3), 299–320.
- Hanrieder, W. (1995). *Deutschland, Europa. Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik*. Paderborn: Schöninghausen.
- Harden, L. (2002). *Rahmen der Orientierung. Eine Längsschnittanalyse der Frames in der Philosophieberichterstattung deutscher Qualitätsmedien*. Wiesbaden: Deutscher Universitäts Verlag.
- Herold, F. (1982). *Der Kampf der Tageszeitung „Die Welt“ gegen die demokratische Friedensbewegung in der BRD. Theorie und Praxis des sozialistischen Journalismus*. Leipzig: Sektion Journalistik an der Karl-Marx-Universität.
- Horster, D. (1981). Zur Logik des Kampfes gegen die Friedensbewegung. *Frankfurter Hefte*, 36(10), 7–8.
- Hoyer, W. (1999). Außen- und Sicherheitspolitik in der öffentlichen Diskussion. In S. B. Gareis & R. Zimmermann (Hrsg.), *Sicherheitspolitische Kommunikation* (S. 18–28). Baden-Baden: Nomos.
- Jarren, O. & Donges, P. (2002). *Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung* (Bd. 2: Akteure, Prozesse und Inhalte). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Jarren, O., Donges, P. & Weßler, H. (1996). Medien und politischer Prozeß. Eine Einleitung. In O. Jarren, H. Schatz & H. Weßler (Hrsg.). *Medien und politischer Prozeß. Politische Öffent-*

- lichkeit und massenmediale Politikvermittlung im Wandel (S. 9–37). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Karl, W. (1989). *Die Sicherheitspolitische Berichterstattung der Deutschen Presseagentur*. Berlin: Berghof-Stiftung für Konfliktforschung.
- Kepplinger, H. M. (1998). *Die Demontage der Politik in der Informationsgesellschaft*. Freiburg, München: Alber.
- Klaus, E., Goldbeck, K. & Kassel, S. (2002). Fremd- und Selbstbilder in der Berichterstattung der deutschen Medien während des Kosovokrieges – am Beispiel des Spiegel. In K. Imhof, O. Jarren & R. Blum (Hrsg.), *Integration und Medien* (S. 285–305). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kolmar, C. (1983). *Sicherheitspolitik und Öffentlichkeit. Eine Inhaltsanalyse am Beispiel der Berichterstattung über die Einführung neuer Mittelstreckenraketen (LRTNF) in Europa*. Unveröffentlichte Dissertation, Freie Universität Berlin.
- Kubach, H. (1983). Nato-Raketenbeschluß und großbürgerliche Presse der BRD. *Theorie und Praxis des sozialistischen Journalismus*, 11(2/3), 107–115.
- Lapins, W.-H. (1983). *Zur Einschätzung sowjetischer Bedrohung in der westdeutschen überregionalen Tages- und Wochenpresse. Dargestellt am Beispiel der „Frankfurter Rundschau“, „Süddeutschen Zeitung“ und „Die Zeit“ im Untersuchungszeitraum 1975–1981*. Unveröffentlichte Dissertation, Universität Bonn.
- Linn, G. (1983). *Zur Einschätzung sowjetischer Bedrohung in der westdeutschen überregionalen Tages- und Wochenpresse. Dargestellt am Beispiel „Die Welt“, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ und „Rheinischer Merkur/Christ und Welt“ im Untersuchungszeitraum 1975–1981*. Unveröffentlichte Dissertation, Universität Bonn.
- Matthes, J. & Kohring, M. (2004). Die empirische Erfassung von Medien-Frames. *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 52(1), 56–75.
- Meder, G. (1998). Zur Neubestimmung der Rolle der Bundeswehr in den deutschen Printmedien. In W. Kempf & I. Schmidt-Regener (Hrsg.), *Krieg, Nationalismus, Rassismus und die Medien* (S. 201–210). Münster: Lit Verlag.
- Michel, L. (1987). Die schimmernde Wehr macht mehr von sich her. Zur Berichterstattung über Militär und Friedensbewegung in den beiden münsterischen Tageszeitungen „Westfälische Nachrichten“ (WN) und „Münstersche Zeitung“ (MZ). *Journal für Publizistik & Kommunikation*, 5(16), 5–24.
- Nefedov, E. J. (1983). Zu einigen manipulativen Methoden der Polemik zu Fragen der militärischen Entspannung in der Elitepresse der BRD. *Theorie und Praxis des sozialistischen Journalismus*, 11(5/6), 332–337.
- Pawlowsky-Flodell, C. (1989). Staatsbesuche als Medienereignisse. Eine Analyse impliziter Botschaften. *Publizistik* 35, 437–447.
- Prayon, H. (1998). Sicherheitspolitische Kommunikation. In O. Jarren, U. Sarcinelli & U. Saxon (Hrsg.), *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch* (S. 525–530). Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Rager, G. & Janowski, H. N. (1982). Vordenken beim Nachrüsten oder: Nachschreiben, was andere sagen? NATO-Doppelbeschluß und Friedensbewegung in drei Tageszeitungen. *Medium*, 12(6), 27–30.
- Sarcinelli, U. (1987). *Symbolische Politik. Zur Bedeutung symbolischen Handelns in der Wahlkampfkommunikation in der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Scheufele, B. & Brosius, H. B. (1999). The frame remains the same? Stabilität und Kontinuität journalistischer Selektionskriterien am Beispiel der Berichterstattung über Anschläge auf Ausländer und Asylbewerber. *Rundfunk und Fernsehen*, 47, 409–432.
- Scheufele, B. (1999). *Zeitreihenanalysen in der Kommunikationsforschung. Eine praxisorientierte Einführung in die univariate und bivariate Zeitreihenanalyse mit SPSS for Windows*. Stuttgart: Edition 451.
- Scheufele, B. (2003). *Frames – Framing – Framing-Effekte. Theoretische und methodische Grundlegung sowie empirische Befunde zur Nachrichtenproduktion*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Scheufele, B. (2004). Framing-Effekte auf dem Prüfstand. Eine theoretische, methodische und em-

- pirische Auseinandersetzung mit der Wirkungsperspektive des Framing-Ansatzes. *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 52, 30–55.
- Scheufele, D. A. (1999). Framing as a theory of media effects. *Journal of Communication*, 49, 103–122.
- Schulz, W. (1976). *Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien*. Freiburg i. B.: Alber.
- Snow, D. A. & Benford R. D. (1988). Ideology, frame resonance, and participant mobilization. In B. Klandermans, H. Kriesi & S. Tarrow (Hrsg.), *From structure to action. International movement research* (S. 197–217). London: JAI Press.
- Süddeutsche Zeitung* vom 16. März 1994: Rühe baut Bundeswehr für Auslandseinsätze um.
- Teichmann-Nadirschwili, C. (1992). Der deutsche Einigungsprozeß im öffentlichen Diskurs in der Sowjetunion. Diskursanalytische Untersuchungen zur Diskussion sicherheitspolitischer Konzepte für die deutsche Vereinigung. In E. W. B. Hess-Lüttich (Hrsg.), *Medienkultur – Kulturkonflikt. Massenmedien in der interkulturellen und internationalen Kommunikation* (S. 167–188). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Wagner, H.-P. (1984). Der Nato-Raketenbeschuß und das imperialistische Fernsehen in der BRD. *Theorie und Praxis des sozialistischen Journalismus*, 12(2), 111–114.
- Weßler, H. (1999). *Öffentlichkeit als Prozess. Deutungsstrukturen und Deutungswandel in der deutschen Drogenberichterstattung*. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Weßler, H. (2000). Deutungswandel im Mediendiskurs: Ansätze zu einer Prozessanalyse der Tieffenstruktur öffentlicher Kommunikation. In H. Bohrmann, O. Jarren, G. Melischek & J. Seethaler (Hrsg.), *Wahlen und Politikvermittlung durch Massenmedien* (S. 307–324). Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Winter, T. (1988). Die Position des „Rheinischen Merkur/Christ und Welt“ zur Beseitigung der nuklearen Mittelstreckenraketen in Europa – Ergebnisse einer kritischen Analyse. *Theorie und Praxis des sozialistischen Journalismus*, 16(4), 270–273.
- Wirner, S. (2001). Neue deutsche Außenpolitik. Alliierte erster Klasse. *Jungle World*, 5(43), 17–18.